

## Anno ...36. Woche

**1949, 2. September:** Der Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, die kurze Zeit später im Ministerium für Volksbildung der DDR aufgeht, gründen den Kulturfonds. Er ist laut Satzung »dazu bestimmt, die geistige Kultur zu fördern, die aktive und wirkungsvolle Teilnahme der Kulturschaffenden an der demokratischen Erneuerung sicherzustellen und dabei vor allem seine Mittel in den Dienst der Entfaltung des Kulturlebens auf dem Lande und in den Betrieben zu stellen«. Der Haushalt des Kulturfonds, der in der Folge dem Ministerium für Kultur angegliedert wird, speist sich aus den sogenannten Kulturgroschen, einem preislichen Aufschlag von fünf bis zehn Pfennig auf Tonträger und Eintrittskarten. In den 1970er Jahren erhält der Fonds auch direkte staatliche Zuschüsse. Als Nachfolgerin wird 1990 die Stiftung Kulturfonds der neuen Bundesländer gegründet, die bis 2006 existiert.

**1969, 2.-19. September:** Mit einem Arbeitskampf in einem Stahlwerk der Hoesch AG in Dortmund, in den die IG Metall nicht eingebunden ist, beginnt eine Reihe wilder Streiks. Vor dem Hintergrund kurz zuvor bekanntgewordener außerordentlicher Gewinne der Stahlindustrie und der gestiegenen Arbeitsbelastung fordern die Hoesch-Arbeiter eine Lohnerhöhung von 30 Pfennig pro Stunde. Die Firmenleitung, überrumpelt von der Wucht des Protests, akzeptiert die Forderung rasch. In den folgenden Tagen kommt es auch in anderen Betrieben zu spontanen Streiks für höhere Löhne. Bis zum 19. September, als die Streikwelle abebbt, treten ca. 140.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in der Stahlindustrie und im Bergbau, aber auch vereinzelt in öffentlichen Verwaltungen in den Ausstand.

**2009, 3./4. September:** Nachdem zwei vollbeladene Tanklastwagen in der Nähe des Bundeswehr-Camps bei Kundus von Kämpfern der afghanischen Taliban entführt werden, die Fahrzeuge aber in einer Fuhrts steckenbleiben, fordert der deutsch Oberst Georg Klein Luftunterstützung an. Am Morgen des 4. September setzt er sich über die Bedenken zweier Kampfflugzeugpiloten hinweg und veranlasst die Bombardierung der Lastwagen. 142 Menschen werden getötet. Infolge der öffentlichen Debatte über das Massaker muss Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) im November seinen Hut nehmen. Auch der Generalinspekteur der Bundeswehr Wolfgang Schneiderhan wird entlassen. Georg Klein wird nicht juristisch belangt. Auch Schadensersatzklagen von Hinterbliebenen der Opfer des Massakers weist die Bundesregierung zurück.

<https://www.jungewelt.de/artikel/361905.anno-36-woche.html>